



*Ute Kreienmeier
Referatsleiterin
Deutscher Städte- und
Gemeindebund
Bonn, Deutschland*

Die Kommune und ihre Verantwortung als Waldbesitzerin

**Local authorities and their tasks as
forest owners**

**Il comune e la sua responsabilità
come proprietario di bosco**

Dokument in Deutsch

Die Kommune und ihre Verantwortung als Waldbesitzerin

1 In Deutschland bewegt sich etwas

Während sich die Reformen stauen, die Konjunktur vor sich hindümpelt und der Herzog'sche Ruck seit acht Jahren auf sich warten lässt, bewegt sich in Deutschland doch etwas. Wir befinden uns auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis im Holzbau. Alte Denkschablonen lösen sich auf. Neue Ideen gewinnen Gestalt. Nach einer Jahrhunderte währenden Dominanz von Stein und Beton erobert sich der nachwachsende Rohstoff Holz jetzt sein Terrain zurück. Im Ergebnis ist es dem Holzbau in den letzten zehn Jahren gelungen, sich in Deutschland zu etablieren. Möglich wurde dies durch die Innovationskraft der Branche selbst und durch sich verändernde politische Rahmenbedingungen, auf die ich später noch eingehen werde.

Hohe Qualität, eine rasante Weiterentwicklung der Gestaltungs- und Konstruktionsmöglichkeiten, eine Vielzahl neuer Holzwerkstoffe und die Weiterentwicklung der Holztechnologie haben dem Holzbau enormen Schub verliehen. Der Marktanteil von Ein- und Zweifamilienhäusern in Holzbauweise hat sich zwischen 1991 und 2002 von 7,5 auf knapp 15 Prozent verdoppelt. Bauten die Zimmerer 1990 rund 500 Wohneinheiten in Holzrahmenbauweise, stieg diese Zahl innerhalb von zehn Jahren auf 13.200 Einheiten. In Hessen und Baden-Württemberg wurde 2002 bereits mehr als jedes fünfte Haus aus Holz gebaut.

Auch bei öffentlichen Bauprojekten besinnt sich Deutschland wieder seiner Holzkultur, die es nach der Ära des Fachwerkbaus vorübergehend vernachlässigt hatte. Architektonische „Leuchttürme“ in der alten wie in der neuen Bundeshauptstadt belegen, dass heute mit Holz fast alles möglich ist und der Baustoff in Leistungsfähigkeit und Ästhetik anderen in nichts nachsteht. So besteht die Fassade der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen in Berlin aus mächtigen, gotisch anmutenden Bögen aus Brettschichtholz, die einen gläsernen Vorhang tragen.



Abbildung 1: Frontansicht der Landesvertretung NRW in Berlin. Architekten Petzinka Pink Düsseldorf, foto Taufik Kenan.

Auch das Rheinische Landesmuseum in Bonn zieht mit seiner außergewöhnlichen Fassade die Blicke auf sich: Hölzerne Quader symbolisieren Fundkisten mit Grabungsinhalten und weisen auf die archäologische Bedeutung des Museums hin.



Abbildung 2: Rheinisches Landesmuseum Bonn. Fotograf: Ludger Ströter/LVR-Pressamt

2 Kommunen verhelfen Holz zur Renaissance

Es sind insbesondere die Städte und Gemeinden, die dazu aufrufen, den ökologischen Baustoff Holz - und hier vor allem heimisches Holz - für öffentliche Bauten einzusetzen. Kommunen haben längst Holz als zentralen Bestandteil moderner Stadtplanung und Siedlungsentwicklung wieder entdeckt und ihm zur Renaissance verholfen. Sie beschreiten seit Jahren neue Wege mit dem uralten Baustoff – weg von den unterkühlten Konstruktionen vergangener Jahrzehnte hin zu einer innovativen und modernen Holzbauarchitektur. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass Holz seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung verloren hatte. Immer weniger Architekten, Kommunen oder private Bauherrn in Deutschland bauten bis vor wenigen Jahren mit Holz, was nicht zuletzt auf die schlichtweg unbegründeten Vorurteile gegenüber diesem einzigartigen, nachwachsenden Rohstoff zurückzuführen war.

3 Vielfältigste Einsatzmöglichkeiten von Holz in Kommunen

Kommunen bieten eine ideale Plattform, um die Vorteile des Holzes gegenüber den verschiedensten Akteuren zu vermitteln, das Interesse am Holz zu bündeln und im Idealfall über neue, ideenreiche Holzarchitekturkonzepte die nachhaltige Entwicklung vor Ort zu unterstützen. Denn Kommunen haben wie kaum eine andere Institution in Deutschland in so umfassender Weise Entscheidungskompetenz und Gestaltungsverantwortung. Das versetzt sie in die Lage, sich in vielen Bereichen für die Verwendung der heimischen Ressource Holz einzusetzen:

- Kommunen sind Waldbesitzer. Rund 11.500 Städte und Gemeinden verfügen in Deutschland über Wald, 20 % des deutschen Waldes sind Kommunalwald.
- Kommunen sind Grundbesitzer von Park- und Grünanlagen, Sport- und Spielplätzen, Tierheimen und Friedhöfen, mitsamt deren hoch- und tiefbaulichen Anlagen.
- Kommunen sind Liegenschaftsverwalter für alle kommunalen Hochbauten wie Rathäuser, Klinken, Bauhöfe, Gemeindezentren, Feuerwehr, Klärwerke und Deponien.
- Kommunen sind Träger von Kindergärten und Schulen und Bauherr von kulturellen Objekten.
- Kommunen sind zuständig für Planung und Projektentwicklung, vom Entwurf über die Bauausführung bis hin zum Betrieb und zur Bauunterhaltung eigener Architektur- und Ingenieurbauwerke.
- Kommunen sind Straßenbaulastträger ihrer Verkehrswege und damit zuständig für Verkehrsbauten, Brücken und baulicher Infrastruktur für den öffentlichen Personennahverkehr.
- Kommunen sind Genehmigungsbehörden und häufig auch Förderinstanzen für gewerbliche und private Investitionsvorhaben.

Aus diesem breit gefächerten kommunalen Aufgabenspektrum erwächst eine besondere Verantwortung für die kommunalen Entscheidungsträger in der Verwaltung und in den politischen Gremien. Und dass die Einsatzmöglichkeiten von Holz auf kommunaler Ebene beinahe zu unbegrenzt sind, belegen wir mit unserer Dokumentation „Bauen mit Holz in Kommunen“. Wir, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Holzabsatzfonds und Experten aus dem kommunalen Bereich, haben die Dokumentation erarbeitet und in jedes Rathaus verschickt. Ziel ist es, anhand von Beispielen die Entscheidungsträger in Städten und Gemeinden zu ermutigen, zukünftig bei ihren Entscheidungen verstärkt Holz zu berücksichtigen. Es gibt zwar eine große Zahl von vorbildlichen Projekten auf kommunaler Ebene, aber letztendlich ist das Wissen um die Vorteile von Holz und seine Einsatzmöglichkeiten noch nicht überall angekommen. Und was nützt uns eine Vorreiterrolle, wenn uns niemand folgt?

4 Verantwortung für nachhaltige Waldentwicklung

Wir werben bei unseren Mitgliedsverbänden und Kommunen für einen verstärkten Einsatz vom heimischen Holz aber nicht nur aufgrund der besonderen Vorbildfunktion von Städten und Gemeinden. Eine Gemeinde, die mit gutem Beispiel voran geht und ihr Rathaus, ihre Schule oder das Dorfgemeinschaftshaus in Holz errichtet, dokumentiert mit dieser Entscheidung nicht nur Glaubwürdigkeit und eine hohes Maß an Verantwortung für zukünftige Generationen. Die Kommune als Waldbesitzerin trägt auch eine große Verantwortung für eine nachhaltige Waldentwicklung und Holznutzung. Wälder sind ein wichtiger Bestandteil des ländlichen Raumes. Die nachhaltige Nutzung von Holz sichert den Waldbestand und damit all seine Funktionen für Wasser, Boden, Luft und Erholung.

Schwarze Zahlen aus den Erträgen der Kommunalwälder, die noch vor wenigen Jahren Stadtkämmerer und Kommunalpolitiker fröhlich stimmten, gehören aber bekanntlich in den meisten Kommunen der Vergangenheit an. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Unterbewertung des Rohstoffes Holz, Billigimporte aus dem Ausland, Erhöhung der forstgesetzlichen Standards ohne entsprechenden Ausgleich und fehlende Leistungsentgelte für Schutz- und Erholungsleistungen des Waldes im Sinne bereit gestellter Dienstleistungen. Während die Löhne um das sechzigfache gestiegen sind, halten sich die Holzpreise seit fast fünfzig Jahren auf gleichem Niveau. Und das macht sich in den Kassen – trotz aller Rationalisierungsfortschritte in der Forstwirtschaft – bemerkbar. Denn 95 Prozent der Einkünfte aus der Forstwirtschaft stammen aus dem Holzverkauf. Holznutzung bildet also die Voraussetzung dafür, um überhaupt die von der Gesellschaft gestellten Ansprüche an den Wald finanzieren zu können. In dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation mit überwiegend defizitären Reinerträgen würde so mancher Wirtschaftsbetrieb seine Tätigkeit kurzerhand einstellen, allerdings ist dies den Kommunen verwehrt. Sie müssen den Wald nach strengen Vorschriften auch dann bewirtschaften, wenn er keinen Gewinn abwirft.

5 Holz aus der Region in die Region

Gemeinden macht es Sorgen, dass Holz in der Baubranche weniger gefragt ist als andere Baustoffe und sich daher schwerer absetzen lässt. Sie würden unmittelbar davon profitieren, wenn mehr mit Holz verbaut würde. Aber nicht nur die Einnahmesituation kommunaler Forstbetriebe ließe sich durch eine verstärkte Nachfrage verbessern. Da dass geerntete Holz überwiegend in der Region verarbeitet wird, leistet kommunale Forstwirtschaft gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung insbesondere im ländlichen Raum, sichert und schafft neue Arbeitsplätze und führt zu einer Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen in strukturschwachen Regionen. Wir müssen hier auch ein neues Selbstverständnis in den Regionen entwickeln. Auch die Regionen müssen Motor der Veränderung werden. So, wie sich beispielsweise in der Region produzierte Bio-Lebensmittel immer größerer Beliebtheit erfreuen, könnten wir die zweifelsohne vorhandene Sympathie der Verbraucher für das heimische Holz noch stärker nutzen und beispielsweise die Vermarktung von „Öko-Holz aus der Region in die Region“ vorantreiben.

Da gibt es das schöne Beispiel der Kommune Waldbreitbach, die „Wald“ in ihrem Namen führt, selbst Waldbesitzerin ist und für die daher der Bau ihre Mehrzweckhalle selbstverständlich nur mit Holz aus dem eigenen Gemeindewald in Frage kommt. Zum einen wünschen wir uns natürlich, dass dieses Selbstverständnis in allen Kommunen Schule macht! Aber ich erwähne dieses Beispiel auch aus einem anderen Grund. Auf nationalen und internationalen Konferenzen wird viel geredet, besprochen, beschlossen und noch mehr beabsichtigt. Die Umsetzung muss aber immer auf der unteren Ebene, in den Städten und Gemeinden, geleistet werden. Dort, wo Menschen arbeiten, wohnen, bauen und renovieren. Dort, wo Menschen Energie verbrauchen. Dort, wo Menschen das gemeindliche oder städtische Umfeld durch ihr Handeln prägen.

6 Politische Rahmenbedingungen haben sich verändert

6.1 Neue Rolle von Wald, Forst und Holz

Damit komme ich zu den politischen Rahmenbedingungen: In der Tat haben die sich verändernden politischen Rahmenbedingungen sowohl auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene dazu beigetragen, dass der Holzbau verlorenes Terrain zurückgewinnen konnte. Ich denke hier an Stichworte wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit und hier insbesondere an die Konferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro, wo letztlich 170 Staaten mit der Unterzeichnung der Agenda 21 den Startschuss für den globalen Umweltschutz und die Nachhaltigkeit gaben. Die Teilnehmerstaaten haben zweifelsohne das enorme Potenzial, das Wald, Forst und Holz in eine nachhaltige Entwicklung und damit in die Zukunftsfähigkeit unseres Lebensraumes einbringen können, erkannt. Wald, Forst und Holz übernehmen wichtige Beiträge in der Agenda 21, einer globalen Herausforderung, wie es sie in dieser Dimension noch nicht gegeben hat.

Auf der Folgekonferenz in New York wurde 1997 das „Programme for the further Implementation of Agenda 21“ verabschiedet, das die Bedeutung von nationalen Strategien betont. Deutschland legte dann auch seine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie anlässlich des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg in 2002 vor. Ganz offensichtlich war aber im Bundeskanzleramt das Wissen um die Bedeutung von Wald und Holz für den Klimaschutz, aber auch als Entwicklungsmotor für den strukturschwachen ländlichen Raum, noch nicht angekommen. Im ersten Entwurf des Bundeskanzleramtes kam das Thema Wald und Holz so gut wie gar nicht vor. „Eine Nachhaltigkeitsstrategie ohne Wald und Holz ist wie Berlin ohne das Brandenburger Tor“, von kommunaler Seite her forderten wir Korrekturen. Auch der von Bundeskanzler Schröder in 2001 berufene Rat für Nachhaltige Entwicklung empfiehlt der Bundesregierung konkrete Nachbesserungen bei der anstehenden Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie. So müsse die Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Forst- und Holzsektors sozial und ökologisch verträglich gesteigert werden. Der Rohstoff Holz müsse für die Nachfrage bereitgestellt und gleichzeitig die Schutz- und Erholungsfunktion und biologische Vielfalt der Wälder sichergestellt werden. Daneben, so die Kritik des Rates, würden erhebliche Potenziale, sowohl im Rahmen der Rohstoffnutzung und –verarbeitung als auch im Hinblick auf die CO₂-Senkenwirkung sowie im Rahmen der Substitution von ökologisch bedenklichen Materialien und Energieträgern durch Holz und Holzprodukte bislang nicht ausreichend berücksichtigt.

7 Politische Botschaften nicht immer eindeutig

7.1 Novelle Bundeswaldgesetz contra „Charta für Holz“?

Hier wird ein Schwachpunkt auf der Bundesebene deutlich. Die politischen Botschaften sind nicht immer eindeutig. Da ist die Nachhaltigkeitsstrategie, das Zukunftsprogramm mit Perspektiven für ein nachhaltiges Deutschland, in der Wald und Holz nur flüchtig erwähnt werden. Da ist die vor kurzem von Bundesverbraucherschutzministerin Renate Künast präsentierte „Charta für Holz“. Sie wurde 2001 im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vereinbart und unter Federführung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zusammen mit der Forst- und Holzwirtschaft, den Kommunen und Naturschutzverbänden erarbeitet. Zwar dokumentiert mit der „Charta für Holz“ erstmals eine deutsche Bundesregierung ein Bekenntnis zum Rohstoff Holz und will sich an dem ehrgeizigen Ziel messen lassen, den Holzverbrauch in den nächsten 10 Jahren um 20 % zu steigern. Allerdings ist es in diesem Prozess nicht gelungen, alle wichtigen Umweltverbände für das Vorhaben zu gewinnen. Prompt folgte dann auch harsche Kritik von der Naturschutzorganisation WWF Deutschland und Greenpeace, die die Bundesregierung mit der Charta auf dem Holzweg sehen.

Das Ziel der Ministerin wird begrüßt, aber der vorgeschlagene Weg führe in eine Sackgasse. Kritisiert wird vom WWF insbesondere, dass Verbraucherschutzministerin Renate Künast nur schwache Kriterien an eine nachhaltige Waldbewirtschaftung lege.

Damit wären wir dann bei der im Koalitionsvertrag ebenfalls angekündigten Novellierung des Bundeswaldgesetzes. Hier werden bei uns in Deutschland in der aktuellen politischen Diskussion wieder die alten Feindbilder hervorgeholt: Forst-, Holzwirtschaft und Arbeitsplätze contra Umwelt- und Naturschutz. Die einen wollen Holz verstärkt nutzen und fordern von der Politik Erleichterungen und Bürokratieabbau. Dabei sind die Voraussetzungen günstig, der Rohstoff ist in unseren Wäldern reichlich vorhanden. Weil in Deutschland nur zwei Drittel des jährlichen Holzzuwachses im Wald tatsächlich geerntet werden, wächst der Holzvorrat jedes Jahr um 20 Millionen Kubikmeter. Die anderen, hier die Umwelt- und Naturseite, fordert strenge am Naturschutz orientierte Bewirtschaftungsaufgaben. Ganz nebenbei leisten wir uns dann auch noch einen erbitterten Streit um das vermeintlich richtige Zertifizierungssystem.

7.2 Zukunftsbeständige Entwicklung nicht durch Denkmalschutz allein

„Wie viel Naturschutz, wie viel Holznutzung im Wald darf es sein?“, wir müssen uns schon entscheiden, in welche Richtung wir gehen wollen. Ein Schritt nach vorn und zwei zurück – das bringt uns nicht weiter. Und so wie eine nachhaltige, zukunftsbeständige Entwicklung von Kommunen nicht nur durch Denkmalschutz zu gewährleisten ist, lassen sich die Anforderungen von Mensch und Umwelt an die Wälder der Zukunft nicht allein durch den Naturschutz sicherstellen.

Und wie reagiert der Verbraucher auf diese Debatten, den wir als Kunden für unseren heimischen Rohstoff Holz gewinnen wollen? Der Verbraucher wird durch diese „Wahrnehmungskonflikte“, ob Wald genutzt oder geschützt werden muss, in seiner Entscheidung für den Kauf von Holz und Holzprodukten verunsichert. Eine positive Grundeinstellung und Sympathie für Holz ist zwar vorhanden, im Ergebnis stellen sich aber auch heute noch viele Menschen die Frage, ob sie Holz guten Gewissens kaufen dürfen. Das macht das Werben in Gemeinderäten und Stadtparlamenten für den Bau- und Werkstoff Holz nicht einfacher.

7.3 Eine paradoxe Situation

Auf der einen Seite übernimmt eine deutsche Bundesregierung erstmals überhaupt eine Vorreiterrolle in Bezug auf eine verstärkte Holznutzung und Holzverwendung. Parallel hierzu entwickeln Bund, Länder, Kommunen und Agenda-Gruppen unzählige Initiativen und Aktivitäten mit dem Ziel, Hemmnisse zu beseitigen und Holz mehr Raum zu verschaffen. Auf den verschiedensten Ebenen wird propagiert, dass seine vermehrte Verwendung sich zu einer „Jobmaschine“ gerade für den ländlichen Raum entwickeln könnte. Und ein weiterer Pluspunkt: Holz ist krisensicher. Für Öl werden Kriege geführt, nicht aber für Holzhäuser und Holzpelletsanlagen!

Auf der anderen Seite suggeriert eine Flut von Informationen unterschwellig, dass eine stärkere Holznutzung dem ohnehin bedrohten Ökosystem Wald schade. Und genau hier liegt das Dilemma! Kein Wirtschaftszweig sonst kann so hervorragend deutlich machen, was es konkret heißt, den Bedürfnissen zukünftiger Generationen gerecht zu werden. Trotzdem gelingt es uns nicht! Und genau das müssen wir ändern, hier müssen wir besser werden!

Es muss aber auch endlich Schluss gemacht werden mit einer Politik, die den Eindruck vermittelt, Holznutzung und Holzverwendung schade dem Wald. In dieser Situation kann sich die nationale „Charta für Holz“ tatsächlich als der politische Rückenwind aus Berlin erweisen, um Holz in allen Bereichen des privaten, gewerblichen und öffentlichen Bauens und Renovierens mehr Marktanteile zu verschaffen; wenn den Worten nun auch Taten folgen! Die Voraussetzungen hinsichtlich Verbrauchereinstellung und neuer Absatzmärkte sind dabei in Deutschland günstig.

7.4 Deutsche wollen mehr Holz in öffentlichen Gebäuden

Umfragen signalisieren bei potenziellen Bauherrn eine hohe Bereitschaft, aus gesundheitlichen und ästhetischen Gründen Holz zu verwenden. Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS EMNID zufolge befürworten über drei Viertel der Deutschen mehr Holz in Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten. Von insgesamt 1.039 befragten Personen waren 68 Prozent der Meinung, dass sich ein gesundes Wohn- und Lebensumfeld am ehestens mit dem Baustoff Holz verwirklichen lässt. Stein und Beton wurde mit 15 beziehungsweise drei Prozent diese Eigenschaft deutlich seltener zugeschrieben.

95 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich in Räumen mit Holz wohlfühlen. 77 Prozent schätzen vor allem die Fähigkeit von Holz, die Luftfeuchtigkeit zu regulieren. Damit ist den Städten und Gemeinden die Unterstützung und Akzeptanz der Bevölkerung sicher, wenn sie auf Holz setzen.

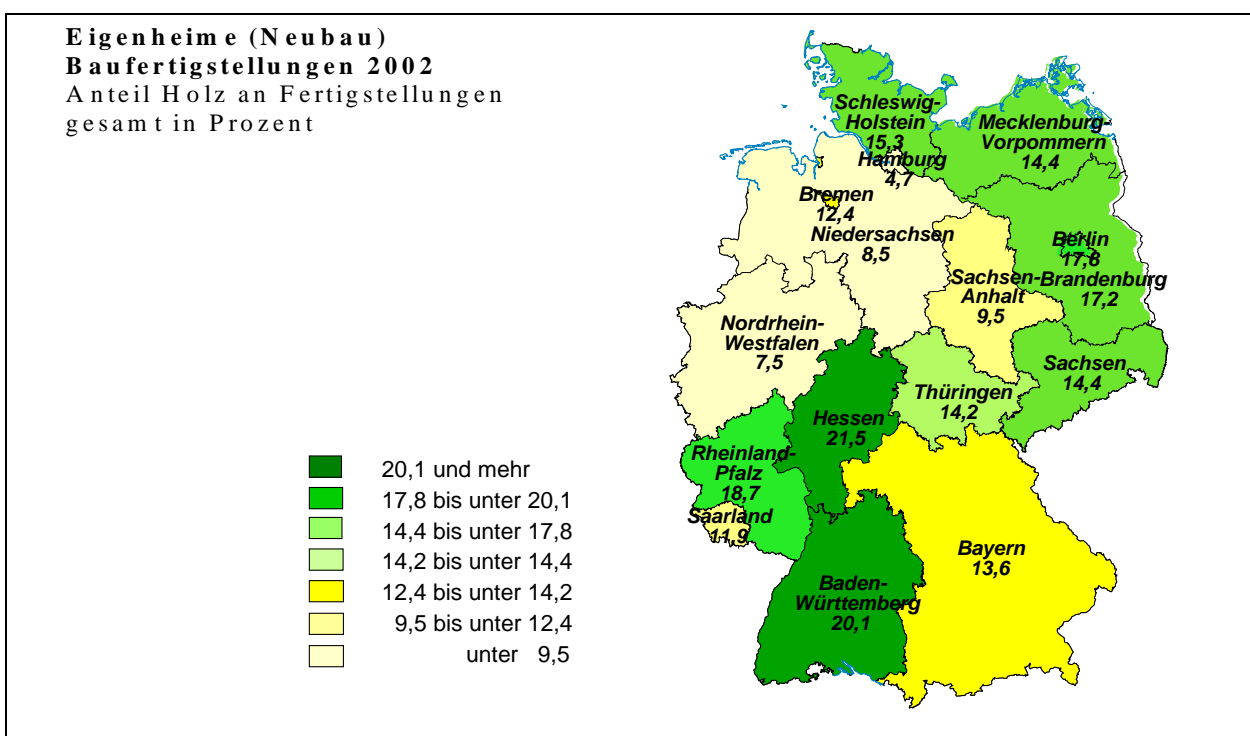


Grafik 1: Bauen und Wohnen mit Holz in Deutschland. Quelle Holzabsatzfonds Bonn

7.5 Schlüssel Bausektor

Mit einem Verbrauchsanteil von ca. 60 Prozent liegt der Schlüssel für den heimischen Holzabsatz im Bausektor. Die Bauleistungen gehen dabei zu mehr als die Hälfte in die Erneuerung von Altbauten. Da von den ca. 38 Millionen Wohneinheiten ca. 25 Millionen vor 1980 errichtet wurden, rechnen die Experten künftig mit einem hohen Sanierungsbedarf. Hier könnte Holz verstärkt eingesetzt werden.

Wir müssen weiter daran arbeiten, die Holzquote in Deutschland, die mit 14 Prozent im Vergleich zu Nachbarländern sehr gering ausfällt, zu erhöhen. Dasselbe gilt für mehrgeschossige Industrie- und Wohnungsbauten. Hier können die Erfahrungen des Projektes Wälludden - vier- und fünfgeschossige Holzhäuser in Holzrahmenbauweise, initiiert von einem schwedischen Sägewerk - dazu beitragen, Wissenslücken zu schließen und so das Vertrauen in Holz zu fördern. Aber auch im Hallen- und Brückenbau besteht noch Nachholbedarf. Die heimische Holzwirtschaft ist also auch gefordert, neue Absatzpotentiale durch innovative Produkte und Produktionstechnologien zu erschließen.



Grafik 2: Eigenheime (Neubau) - Baufertigstellungen 2002. Quelle Holzabsatzfonds Bonn

7.6 Und die Branche selber?

9.000 Zimmerer, ca. 2.500 Sägewerke, rund eine Million Kleinstwaldbesitzer mit weniger als einem Hektar Waldbesitz und ca. 28.000 Forstbetriebe mit mehr als zehn Hektar Wald stehen einer von Konzentration geprägten Branche von Stahl, Beton, Ziegel, Gas-Beton und Kalk-Sandstein gegenüber. Eine Übersicht über die mehr als 200 Verbände, die die Branche nach außen vertreten, liest sich dann auch eher wie ein NASA-Schaltplan. Hier bedarf es nicht nur auf der Verbandsebene Schritte hin zu einer stärkeren Bündelung und Konzentration.

Die gesamte Branche ist herausgefordert, geschlossen die Vorteile rund um das Holz zu kommunizieren und nach außen hin durch Vorbildfunktion authentisch-glaubwürdig zu vermitteln. Nicht nur die Kommunen, auch Architekten, Planer, Holzbauer und Handwerker müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn beispielsweise im Durchschnitt nur fünf Prozent der bayerischen Zimmerer selber in Holzhäusern leben, wie will dann dieser Berufsstand die Vorteile von Bauen mit Holz glaubhaft bei seinen Kunden vermitteln?

7.7 Wende von der Steinhauszeit zur Holzhauszeit Glaubwürdige Protagonisten gesucht

Ein weiteres Manko ist, dass wir in Deutschland immer noch zu wenig Architekten und Star-Architekten haben, die mit Holz arbeiten und potenzielle Bauherren heute dort abholen, wo sie stehen. Dies ist sicher auch ein Grund dafür, warum sich die hohe Aufgeschlossenheit für Holz leider bisher nur unzureichend im konkreten Handeln niederschlägt.

Der parlamentarische Staatssekretär Matthias Berninger forderte auf dem 1. Deutschen Waldgipfel in Bad Honnef in 2001 quasi eine Wende von der „Steinhauszeit“ zur „Holzhauszeit“. Auf dem Weg in diese neue Zeit konnten bereits viele Hindernisse und Barrieren aus dem Weg geräumt werden.

Es hieße, Eulen nach Athen zu tragen, wollte ich Sie heute von den Vorzügen rund um das Holz zu überzeugen versuchen. Wir müssen mit unseren Botschaften nach draußen gehen und dort werben und überzeugen, wo das Wissen noch nicht angekommen ist. Wenn wir in der breiten Bevölkerung ein Umdenken bewirken, ein neues Bewusstsein für Holz schaffen wollen, müssen wir noch stärker als bisher in den Medien präsent sein. Die Konkurrenz steckt jährlich Millionenbeträge in freche, mitunter aggressive, aber eben auch erfolgreiche Werbekampagnen auf äußerst hohem Niveau.

„Man muss kein Kanzler sein, um Holz cool zu finden!“

Was haben James Bond, Jennifer Lopez und der Papst gemeinsam? Sie alle unterstützen FSC! „Man muss kein Geheimagent sein, um unsere Wälder zu schützen“, sagt da werbewirksam James Bond alias Pierce Brosnan. Pop- und Filmstar zu sein ist Jennifer Lopez, einflussreichste Künstlerin des Jahres, nicht genug. Mit ihrem Plakat „Nothing Else is Good Enough“ setzt sie sich für FSC ein. Und Papst Johannes Paul II segnete im Oktober 2002 in Assisi eine Schatulle aus zehn verschiedenen Hölzern, natürlich allesamt aus umweltverträglich bewirtschafteten Wäldern mit dem Siegel des FSC.

Bei uns in Deutschland stehen die Ampeln für Holz auf „Grün“. Politik, Bund, Länder, Kommunen, unzählige Agenda-Gruppen und die Verbände haben bereits erhebliche Anstrengungen unternommen und können Erfolge vorweisen. Um aber eine Wende von der „Steinhauszeit“ zur „Holzhauszeit“ einzuläuten, bedarf es meines Erachtens noch ganz anderer Anstrengungen, Allianzen und Kooperationen. Wir müssen Holz noch stärker über die emotionale Ebene transportieren. Dazu brauchen wir aber auch spektakuläre Popularisierungskampagnen mit glaubwürdigen Protagonisten. Nur so können wir die breite Bevölkerung erreichen und Verbraucherverhalten ändern in einer Zeit, wo die Medien maßgeblich Meinung machen und Trends auslösen.

Und hier sind wir meines Erachtens erst dann am Ziel, wenn sich automatisch immer dann im Bauausschuss oder Gemeinderat, beim Architekten, der Wohnungsbaugesellschaft, dem Konzernchef oder dem Bauherren das schlechte Gewissen meldet, sofern Holz und Holzprodukte nicht auf der Einkaufsliste stehen. Holz muss zur ersten Wahl werden!

Was könnten beispielsweise Günther Jauch, Boris Becker, Michael Ballack, Sabine Christiansen, Kurt Biedenkopf, Klaus Töpfer oder Gerhard Schröder gemeinsam haben?

„Man muss kein Kanzler sein, um Holz cool zu finden!“